

Macht Kinder und Jugendliche zur „Prio Eins“

- Die Anliegen von Kindern und Jugendlichen müssen trotz knapper Kassen oberste Priorität haben. Unser besonderes Augenmerk liegt auf benachteiligten Kindern und der Vertretung ihrer Interessen.
- Eine umfassende Begleitung aller Kinder und Jugendlichen in allen Lebens- und Schulphasen soll sichergestellt werden.
- Die bestehende Infrastruktur durch die Kreisfamilienzentren wird fortlaufend weiterentwickelt.
- An der engen Vernetzung von Jugendamt, Gesundheitsamt, Bildungsbüro, kommunalem Integrationszentrum und Schulverwaltungsamt wird weitergearbeitet.
- Wir haben die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Blick und setzen uns ein für eine ausreichende Versorgung mit Kinderärzt*innen im Kreis.
- Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen auch in Zukunft den tatsächlichen Bedarf abdecken und Freiräume für selbstwirksames Lernen schaffen.
- Kinder außerhalb familiärer Betreuung und bedarfsgerechte Jugendhilfeangebote finden unsere besondere Unterstützung.
- Die Umsetzung des Kinderschutzgesetzes NRW wird in allen Einrichtungen vorangetrieben. Kinderschutzkonzepte sollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen für alle Schulen entwickelt werden.
- Bei häuslicher Gewalt ist das Kindeswohl immer gefährdet. Wir setzen uns für eine eng verzahnte und zügige Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und Gericht ein.
- Eltern und Kinder sollen durch das Jugendamt für einen angemessenen Medienkonsum sensibilisiert werden – auch im Hinblick darauf, dass viele Eltern selbst Medien zu häufig nutzen und dadurch die gemeinsame Zeit mit ihren Kindern zu kurz kommt.
- Wir suchen Wege für die Sicherung der Qualität in Kindertagesstätten und die Durchsetzung von Beitragsgerechtigkeit.
- Die Beitragsbefreiung für Familien mit geringem Einkommen stellen wir sicher. Langfristig fordern wir die allgemeine Beitragsfreiheit.
- Unser grundsätzliches Ziel ist die vollständige Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Kita-Gebühren Schritt für Schritt abgeschafft werden. Wir wissen um die sich verstärkenden finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen, doch frühkindliche Bildung ist kein Luxus, sondern ein grundlegendes Recht. Sie legt den Grundstein für Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe und den Bildungserfolg jedes Kindes – unabhängig von Herkunft oder Einkommen der Eltern.
- Die ständige Integration von Fort- und Weiterbildungsangeboten für Erzieher:innen und Tagespflegepersonen sowie Beratungsangebote für Eltern gehören für uns in die Qualitätsvereinbarungen mit den freien Trägern.